parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 19 — 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 #EnqueteRassismus erste in Deutschland

3 Gesetzentwurf gegen Bodenspekulation

4 Eine Bilanz der r2g-Arbeitsmarktpolitik

5 Empfehlungen des NSU-Ausschusses

Kommentar

Würdevoll

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Wir hatten in der letzten Aktuellen Stunde, die auf Antrag der LINKE-Fraktion in dieser Legislaturperiode im Landtag stattfand, die sprunghaft gestiegenen Kosten in den Pflegeheimen thematisiert. Für Pflegebedürftige und ihre Familien sind sie eine außerordentliche Belastung. Wie nicht nur aus Presseberichten und aus persönlichen Gesprächen und Informationen von Betroffenen und Angehörigen zu entnehmen ist, gibt es mittlerweile einen gravierenden Widerspruch zwischen den Kosten der Pflege und zum Beispiel der Rente. Nach aktuellen Zahlen privater und gesetzlicher Krankenkassen muss in Thüringen rund zehn Prozent mehr gezahlt werden als noch vor einem Jahr. Bei den meisten Pflegebedürftigen reicht ihre Rente für den Heimplatz nicht aus. In vielen Fällen werden sogar die Kinder zur Kasse gebeten, wenn Rente und Angespartes nicht mehr ausreichen.
Zu einem würdevollen Umgang im Alter gehört, dass Pflegebedürftige weder von der Sozialhilfe, noch vom Geldbeutel der Angehörigen abhängig sind. Es kommt in Zukunft darauf an, für alle Menschen faire und gerechte Lösungen für eine bezahlbare Pflege in Thüringen zu erreichen. Die Pflegekassen müssen neu ausgerichtet, die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung umgebaut werden. Um eine gute Pflege für alle finanzierbar zu halten, müssten künftig alle Menschen verpflichtend - auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete - entsprechend ihres Einkommens in die Pflegekasse einzahlen. Alle Einkommen und Einkommensarten sollten künftig herangezogen werden.

Gedenken der Opfer

Abschlussberichte NSU und #EnqueteRassismus debattiert

Vor dem Thüringer Landtag in Erfurt demonstrierten am 1. Oktober im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagierte Menschen, während es bei den Abgeordneten im Plenarsaal genau um diese Themen ging, denn es standen die Abschlussberichte des NSU-Untersuchungsausschusses und der Enquetekommission Rassismus und Diskriminierung auf der Tagesordnung. Angehörige der Opfer des NSU, der aus Thüringen kam, sowie Sachverständige der #EnqueteRassismus verfolgten die Debatten auf der Besuchertribüne.

Im Vorwort zum Abschlussbericht der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung in Thüringen“ heißt es: „Die Fehlermittlungen im NSU-Komplex sind nur die Spitze des Eisbergs. Rassistische Routinen und Reglungen führen zu ungleicher Behandlung, die den Alltag der von Rassismus betroffenen Menschen prägen, sei es im Bildungs- oder Gesundheitssystem, bei den Behörden, der Verwaltung oder im öffentlichen Raum. Sie stellen eine Hürde für die Teilhabe aller Menschen dar.

Wir gedenken all der Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Mindestens 196 Todesopfer forderten rassistische und rechts-motivierte Gewalttaten bundesweit allein seit 1990. Offiziell werden lediglich 842 Tötungsdelikte von der Bundesregierung als solche gewertet. Viel mehr Menschen sind von den körperlichen und psychischen Auswirkungen von Rassismus betroffen. Allein diese Zahlen und die Diskrepanz zwischen zivilgesellschaftlich dokumentierten und offiziell anerkannten Fallen verdeutlichen die Notwendigkeit, sich mit dem Thema Rassismus auseinanderzusetzen. Das Ziel dieser Auseinandersetzung ist es dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland sicher und friedlich leben können.“

(Siehe auch Seiten 2 und 5)

Es braucht „linke Antworten“

Bilanz und Ausblick: Mehr zur Weimarer Ostkonferenz

Ein Drittel der Ostdeutschen arbeitet zu einem Niedriglohn. Ostdeutsche verdienen 20 Prozent weniger und arbeiten dafür länger als Westdeutsche. Nur 1,7 Prozent der gesellschaftlichen Führungspositionen sind mit Ostdeutschen besetzt. 5 von 109 Bundesunternehmen haben ihren Sitz in Ostdeutschland. Die Liste ließe sich fortsetzen. 30 Jahre nach dem Mauerfall geht vieles wieder auseinander: politisch, sozial, kulturell.

Vor diesem Hintergrund hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 28. August zu einer Ostkonferenz nach Weimar eingeladen, die auf außerdordentlich großes öffentliches Interesse gestoßen war. Rückblickend und mit Verweis auf eine Auswertung im Internet sagt Jan Marose, Ostkoordinator der der Fraktion: „Wir haben Bilanz gezogen und einen Ausblick gewagt. Mit dabei waren Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Bodo Ramelow. Auf den Podien diskutierten Katja Kipping, Journalistin Sabine Rennefanz, Migrationsforscherin Naika Foroutan, Philipp Rubach von der Leipziger Initiative Aufbruch Ost und der Chefredakteur des Ost Journals Stefan Kunath. Martina Renner und Matthias Höhn moderierten.

Es ging um die Treuhand, um die 1990er Jahre, um Schröder und Merkel, um erfolgreiche Unternehmen, Zukunftsprojekte in Thüringen und um ‚föderale Fairness‘ für die ostdeutschen Bundesländer. Die Wahlen in Brandenburg und Sachsen bestätigen die sozialen und politischen Verwerfungen, über die wir sprachen, und die Notwendigkeit, Ostdeutschland weiterhin auf die Tagesordnung zu setzen. Es braucht dringend linke Antworten und linke Politik in Ostdeutschland. Dafür müssen wir das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. In Zukunft werden solche Konferenzen und Bürgerveranstaltungen immer wichtiger: Orte, an denen wir mit den Menschen unsere Politik diskutieren.“

https://klar.linksfraktion.de/2019/im-gespraech-bleiben-notwendiger-denn-je/

Ermittlungsverfahren gegen Identitäre

...umso erstaunlicher, wen sich Höcke als neuen Büroleiter in den Landtag geholt hat

Immer wieder verbreitet die AfD in Thüringen die Mär, dass die ihr nahestehende, extrem rechte Identitäre Bewegung aus ganz harmlosen Akteuren bestünde. Nun widerbelegen auch Daten des Thüringer Innenministeriums diese Darstellung, so Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit Verweis auf die Antwort der Landesregierung (DS 6/7586) auf eine Kleine Anfrage von ihr.

„Umso erstaunlicher ist, wen sich AfD-Fraktionschef Höcke vor einigen Wochen als neuen Büroleiter in den Thüringer Landtag geholt hat: Robert Teske, der bis März noch die besonders radikale Junge Alternative Bremen anführte, die wegen ihrer Nähe zur Identitären Bewegung ins Visier der Behörden geriet, und der selbst als eifriger Unterstützer der Identitären gilt", so die Abgeordnete weiter. Die Junge Alternative Bremen war die erste AfD-Vereinigung, die u.a. wegen ihrer „fremden- und muslimfeindlichen und völkisch-nationalistischen Äußerungen" von einem Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Zwischen 2016 und Sommer 2019 wurden oder werden 62 Ermittlungsverfahren gegen Tatverdächtige geführt, die der „Identitären Bewegung Thüringen" (IB) als Mitglieder oder Sympathisanten zuzurechnen sind. Darunter dreizehn Fälle von Sachbeschädigung, vier Verstöße gegen das Waffengesetz, ein Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz sowie vier gefährliche Körperverletzungen. „Die Identitäre Bewegung ist ideologisch und teilweise auch personell eng mit der AfD verzahnt, obwohl die IB selbst auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD geführt wird. Dass Höcke nun ausgerechnet einen Protagonisten aus dem identitären Dunstkreis in den Thüringer Landtag holt, dort zu seiner Schaltzentrale macht und damit auch indirekt mit Steuergeldern der Bürger finanziert, ist skandalös", sagte Katharina König-Preuss.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Erdfall von Tiefenort

Endlich gelöst

Ab sofort erhalten die vom Erdfall Betroffenen aus Tiefenort (Ortsteil von Bad Salzungen im Wartburgkreis) ihre soziale Unterstützungsleistung. Es war ein Kraftakt, aber das Bemühen der rot-rot-grünen Landesregierung von Anfang an, eine Lösung für die Familien herbeizuführen, hat sich doch endlich ausgezahlt.

Nachdem sich in der Nacht vom 23. zum 24. Februar 2002 in Tiefenort die Erde aufgetan hatte, ein Krater mit einem Durchmesser von zehn Metern und etwa sieben Meter tief, verloren fünf Familien ihr Zuhause. Ihre Häuser waren nicht mehr bewohnbar.

Der Erdfall von Tiefenort, insbesondere die notwendige Hilfe für die Betroffenen, hat mich auch als Bewohnerin einer Nachbargemeinde beschäftigt, aber vor allem als LINKE-Landtags- und Wahlkreisabgeordnete, die immer wieder mit der Bürgerinitiative Erdfall Tiefenort e.V. im Gespräch war und nach Lösungen suchte.

Dass nun die Stadt Bad Salzungen diese Grundstücke mit den wertlosen Häusern übernehmen kann und somit das Gebiet rund um den Erdfall entwickelt wird, ist auch für die Anwohnerinnen und Anwohner eine gute Nachricht.

Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE

Zeichen gegen Rassismus für ganz Deutschland gesetzt

Thüringer Enquetekommission legte Abschlussbericht vor

900 Seiten umfasst der Abschlussbericht der Enquetekommission Rassismus und Diskriminierung, der, bevor er in der Landtagssitzung am 1. Oktober – drei Jahre nach dem Einsetzen der Kommission - debattiert worden war (dazu mehr in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports) an die Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben wurde.

Anlässlich der zur Übergabe des Berichts stattgefundenen Pressekonferenz (s. Foto) hatte die Obfrau der Fraktion DIE LINKE in der #EnqueteRassismus, Sabine Berninger, gesagt: „Mit Handlungsempfehlungen zu Polizei und Inneres, Bildung, Arbeit, Justiz und weiteren Themenbereichen hat die Enquetekommission im Thüringer Landtag als erste nicht nur ein Zeichen gegen Rassismus in ganz Deutschland gesetzt. Unsere Arbeit war wegweisend, indem das Thema institutioneller Rassismus breit diskutiert und aus verschiedenen Blickwinkeln parlamentarisch behandelt wurde."

Die Handlungsempfehlungen reichen von der Erarbeitung von Leitfäden, Konzepten und Materialien zum Umgang mit Diskriminierung und Rassismus in Schulen bis hin zu einem Verbot von Racial Profiling sowie zur Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes. Eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsstelle wurde schon mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts empfohlen. Es gab auch Empfehlungen im Bereich asyl- und ausländerrechtliche Verwaltungsverfahren.

Der LINKE-Abgeordnete Christian Schaft, Mitglied der Enquetekommission, betonte in diesem Zusammengang: „Es geht darum, dass wir die Rechte der Betroffenen verbessern und die zuständigen Behörden in ihrer Arbeit unterstützen. Dieses Zusammenspiel zeigt sich auch in den Handlungsempfehlungen, die vorschlagen, dass das Landesverwaltungsamt eine Richtlinie erarbeitet, die sich an den ‚Verfahrenshinweisen der Ausländerbehörde Berlin' (VAB) orientiert, um eine Vereinheitlichung bei der Anwendung von asyl- und ausländerrechtlichen Bestimmungen durch die Behörden zu erreichen und auch mehrsprachige und einfach formulierte Formulare in den Behörden zu verwenden."

Nach der Einsetzung im Januar 2017 hatte die Enquetekommission sechs Monate später ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem wurden mehr als 400 Personen oder Institutionen eingeladen und fast 200 Personen, Institutionen, Verbände und Behörden haben mündliche oder schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Die Zwischen- und Abschlussberichte der Enquetekommission können auf der Webseite des Thüringer Landtags heruntergeladen werden, der Zwischenbericht wurde auch in englischer und arabischer Sprache vorgelegt.

Katharina König-Preuss, ebenfalls Mitglied der Linksfraktion in der Enquetekommission, sagte: „Mit dem Bericht haben wir eine Handlungsempfehlung aus dem ersten NSU-Ausschlussbericht umgesetzt und dazu beigetragen, dass struktureller Rassismus auf der staatlichen Ebene endlich diskutiert wird und konkrete Maßnahmen zur Bekämp-

https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/1-Hauptmenue/1-Landtag/3-Ausschuesse_und_Gremien/4-Kommissionen/3-Enquetekommission/Dokumente/bericht_der_enquetekommission_6_1_ursachen_und_formen_von_rassismus_und_diskriminierungen_in_thueringen_sowie_ihre_auswirkungen_auf_das_gesellschaftli.pdf

Gegen Spekulationen

Susanne Hennig-Wellsow stellte Eckpunkte für ein Gesetz vor

In Thüringen steigen die Preise für Acker- und Grünland kontinuierlich an, gleichzeitig wächst der Anteil landwirtschaftsfremder Investoren unter den Käufern. „Wir laufen Gefahr, dass viele unserer heimischen Landwirtschaftsbetriebe verdrängt werden. Daher ist jetzt Handeln und Gegensteuern angesagt", so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, in der Landtagsdebatte am 27. September zur Großen Anfrage der Koalitionsfraktionen zu Bodenspekulationen in Thüringen.

Im Jahr 2007 gab es in Thüringen rund 3.800 Landwirtschaftsbetriebe. „Seitdem haben wir 200 Betriebe verloren. Derzeit kostet der Hektar Agrarland knapp 11.000 Euro. Für Gründerinnen und Gründer wird es angesichts dieser Preise immer schwerer, sich selbstständig zu machen. Diesen Entwicklungen müssen wir entgegenwirken. Tun wir das nicht, werden wir in zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr von unserer Landwirtschaft sprechen können. Weil dann neue Großgrundbesitzer – neudeutsch: Investoren – auf Thüringer Böden Monokulturen anbauen, für Biosprit, für Futtermittel und dergleichen", sagte Susanne Hennig-Wellsow und stellte im Landtag Eckpunkte für einen Gesetzentwurf vor.

Aus Sicht der LINKEN seien vier Dinge notwendig: „Erstens, ein vorrangiges Kauf- und Pachtrecht. Das sollte für Landwirtinnen und Landwirte gelten, die benachbarte Flächen kaufen oder pachten möchten. Natürlich würden wir damit den Eigentumsschutz nach Artikel 14 des Grundgesetzes berühren. Ausschlaggebend ist, ob durch eine solche Beschränkung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt würde. Nach der Einschätzung von Juristen wäre dies der Fall.

Zweitens, die Deckelung von Pachtpreisen. Zu hohe Pachtpreise können den wirtschaftlichen Erfolg landwirtschaftlicher Betriebe gefährden. Deshalb sollten wir die gesetzliche Möglichkeit schaffen, Pachtverträge, die von den durchschnittlichen Preisen des lokalen Bodenmarktes stark abweichen, zu deckeln. Das würde das Pachtpreisniveau transparenter machen und den Anstieg dämpfen."

Als Drittes nannte die Fraktionsvorsitzende die Bevorratung landwirtschaftlichen Bodens durch die öffentliche Hand. „Gegenwärtig müssen vom Land angekaufte Flächen unmittelbar an vorkaufsberechtigte Landwirtinnen und Landwirte weiterverkauft werden. Zeigt keine heimische Landwirtin oder kein Landwirt Interesse an einem Kauf, muss das Land die Flächen auch an landwirtschaftsfremde Investoren weiterveräußern. Das ist kein guter Zustand. Deshalb sollten wir der Thüringer Landesgesellschaft die Möglichkeit der Bevorratung landwirtschaftlicher Flächen einräumen. Damit könnte das Land die Flächen über einen längeren Zeitraum halten, in dem kaufwillige heimische Landwirtinnen und Landwirte gesucht werden oder das Land an diese verpachtet wird." Und viertens soll die Genehmigungspflicht von Anteilsverkäufen eingeführt werden.

„Wir wollen den gesetzlichen Rahmen schaffen, Spekulationen mit Boden, unseren Lebensgrundlagen, einen Riegel vorzuschieben. Wir wollen dörfliche Strukturen erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung sichern und eine gute ländliche Entwicklung fördern", betonte die LINKE Landespolitikerin abschließend.

Spitze bei Ganztagsquote

Die Bertelsmann Stiftung hatte am 26. September im Rahmen ihres Ländermonitorings „Frühkindliche Bildungssysteme" Daten vom März 2018 veröffentlicht. Diese Veröffentlichung stieß bei den Landesregierungen von Thüringen und Berlin auf deutliche Kritik. Aus Sicht des Thüringer Bildungsministers, Helmut Holter, und der Berliner Senatorin für Bildung, Sandra Scheeres, verkennt die Studie die hohen Qualitätsstandards in den Kindertageseinrichtungen, insbesondere in Ostdeutschland.

Helmut Holter verwies auf wichtige Qualitätsmerkmale der frühkindlichen Bildung: „96 Prozent der Kinder in Thüringen besuchen einen Kindergarten. Dank des Thüringer Kindergartengesetzes werden täglich bis zu zehn Stunden Betreuung garantiert. Die Ganztagsquote beträgt 91,8 Prozent, es gibt ein klares Fachkräftegebot. Da können viele westdeutsche Bundesländer nicht mithalten. Alle diese Errungenschaften werden aber von der aktuellen Bertelsmann-Studie ignoriert. Der Osten Deutschlands hat bei der frühkindlichen Bildung einen klaren Qualitätsvorsprung, Bertelsmann blendet das einfach aus. Das gezeichnete Bild hat mit der Realität wenig zu tun."

Zudem seien die Daten anderthalb Jahre alt. „Inzwischen haben wir den Betreuungsschlüssel in Thüringen bei den Dreijährigen von 1:16 auf 1:12 verbessert, bei den Vierjährigen von 1:16 auf 1:14. Unsere Erzieherinnen und Erzieher leisten täglich hervorragende Arbeit", so der Minister.

Sandra Scheeres betonte: „Wie der Länderreport zeigt, hat sich die Zahl des pädagogischen Personals in den Berliner Kitas in zehn Jahren fast verdoppelt. Das ist eine große Leistung, die man anerkennen sollte. Ebenso wie die Tatsache, dass Berliner Kitas gebührenfrei sind. Zugleich investiert Berlin seit Jahren in die Kita-Qualität und in eine gute Personalausstattung."

Nach der Bertelsmann-Studie ist das Personal in den Thüringer Kindergärten zwischen 2008 und 2018 um fast 50 Prozent gestiegen, zugleich wuchs die Zahl der betreuten Kinder von 77.779 auf 93.581. Durchschnittlich kümmerte sich (im März 2018) eine Fachkraft um 5,5 ganztagsbetreute Kinder in Krippengruppen. Damit habe sich die Situation gegenüber dem Jahr 2013 kaum verändert (5,4 Kinder). In Kindergartengruppen musste sich eine Fachkraft im Jahr 2013 im Schnitt um 11,2 Kinder kümmern, im vergangenen Jahr lag der Wert bei 11,6. Für eine kindgerechte Betreuung empfiehlt die Bertelsmann Stiftung, dass in Krippengruppen maximal drei und in Kindergartengruppen 7,5 Kinder auf eine pädagogische Fachkraft kommen.

» Hausbau

Die Thüringer Bauaufsichtsbehörden haben von Januar bis Juli den Bau von 3.182 Wohnungen genehmigt. Das waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 6,9 Prozent bzw. 206 Wohnungen mehr als im Vergleich zur gleichen Bezugszeit des Vorjahres. Im Wohnungsbau werden 2.545 Neubauwohnungen und 480 Wohnungen im vorhandenen Gebäudebestand entstehen. Mit einem Plus von 80 Wohnungen im Neubau und 24 Wohnungen im Bestand beträgt der Zugang an Wohnungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum 3,6 Prozent. Die Bauherren der insgesamt 1.232 neuen Wohngebäude haben sich in 94,1 Prozent der Fälle für den Haustyp Einzelhaus entschieden.

» Gesetze

Wie die Nachrichtenagentur dpa meldete, hat der Thüringer Landtag in dieser Legislaturperiode und oft nach monatelanger Beratung 165 Gesetze beschlossen. Dies seien mehr als in den anderen Legislaturperioden seit 1994 gewesen. Nur der erste Thüringer Landtag (Legislaturperiode von 1990 bis 1994) hat mehr Gesetze beschlossen, und zwar 188. Damals sei allerdings ein noch junges Bundesland und seine staatliche Struktur im Aufbau gewesen. Was die parlamentarischen Anfragen betrifft - mündliche, Kleine und Große - seien es rund 5.000 gewesen, was in etwa auf dem Niveau der vorangegangenen Legislaturperiode gelegen habe, aber deutlich über den Werten davor.

» Rente

Nach einer Beratung mit Betroffenen zur Streitfrage, ob das Verpflegungsgeld, das u.a. an die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei gezahlt worden ist, Arbeitsentgelt ist und somit bei der Berechnung des Ruhestandsentgeltes Berücksichtigung findet, erklärte MdL Rainer Kräuter (LINKE): „Es freut mich, dass das Urteil am 1. Oktober zugestellt wurde. Jetzt muss es darum gehen, dass die Überarbeitungsanträge neu beschieden werden, damit Rechtsfrieden in der Sache einzieht und Lebensleistungen endlich vollumfänglich anerkannt werden." Von dieser Entscheidung profitieren nicht nur die ehemaligen Angehörigen der Volkspolizei, sondern auch Feuerwehr- und Justizbeamte."

Sozial, lokal, national und global

Zur Regierungserklärung im Landtag: „Klimaschutz, Klimaanpassung und Energiewende“

In der Debatte zur Regierungserklärung der Umweltministerin Anja Siegesmund zu „Klimaschutz, Klimaanpassung und Energiewende ‚Von Paris nach Thüringen: Klimaschutzpolitik der Landesregierung“ am 27. September im Thüringer Landtag hatte der LINKE-Abgeordnete Steffen Harzer betont:

„Klimaschutz muss sozial, lokal, national und global betrachtet werden. Das Klimapaket der Bundesregierung ist sozial unausgewogen und unzureichend, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.“ Als Beispiel nannte Steffen Harzer die Pendlerpauschale, die nur vielfahrenden Steuerzahlern nütze, aber besonders Hartz-IV-Bezieher, Rentner und Arbeitslose benachteilige. „Die Pendlerpauschale sollte in eine Mobilitätspauschale umgewandelt werden, die steuerunabhängig und unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel gezahlt werden sollte“, so der Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz.

Die Ziele des Thüringer Klimagesetzes bezeichnet er als „vorbildlich“. Er verwies dabei auf die Fernwärmenetze, für die nach dem Willen von Rot-Rot-Grün in den nächsten vier Jahren Konzepte vorgelegt werden müssen, wie diese in Zukunft klimaneutral betrieben werden können. Mit der Fortsetzung der rot-rot-grünen Koalition werde sich Thüringen bis spätestens 2040 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen versorgen. Die regionale Entwicklung werde gestärkt und das Klima geschont. Der Abgeordnete forderte, dem Klimaschutz auch auf Bundesebene endlich mehr Gewicht einzuräumen und Klimaschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Dazu hat die Thüringer Landesregierung eine Bundesratsinitiative gestartet. Außerdem hatte der LINKE-Politiker in der Landtagsdebatte mit Blick auf die Tatsache, dass Deutschland zu den größten Rüstungsexporteuren der Welt gehört, eine Umkehr gefordert. Schließlich zerstörten Waffen und Kriege auch Natur und Klima.

In der Debatte hatte auch der LINKE-Abgeordnete Tilo Kummer das Wort ergriffen und auf den Nachhaltigkeitsbeirat des Thüringer Landtags verwiesen. Dieser sei der erste eines deutschen Landesparlaments, und auf dessen Initiatiative hin sei fraktionsübergreifend beschlossen worden, dass künftig alle Gesetze auf ihre Nachhaltigkeit zu prüfen seien.

Safe Abortion Day

Selbstbestimmt

Anlässlich des internationalen Tages zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen (Safe Abortion Day) am 28. September hatten die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag Karola Stange und Susanne Hennig-Wellsow erklärt: „Wir stehen für die Selbstbestimmung von Schwangeren, für ihr Informationsrecht und fordern das Streichen der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch. Um die Lücken in der Versorgung zu schließen, sollten zeitnah Angebot und Bedarf für wohnortnahe Schwangerschaftsabbrüche in Thüringen umfassend evaluiert werden.“

In zahlreichen Städten fanden am 28. September Aktionen statt, so auch in Erfurt. Die pro familia Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle Erfurt hatten dafür in der Landeshauptstadt einen Informationsstand aufgebaut. Hier konnten sich Interessierte über die zu Recht auf große Kritik stoßende Gesetzeslage informieren und öffentlich zeigen, dass die körperliche Selbstbestimmung und Informationsfreiheit für ungewollt Schwangere endlich Realität werden muss.

„Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht weiter kriminalisiert werden – weder für Schwangere, welche einen Abbruch vornehmen lassen wollen, noch für Ärzt*innen, die nicht umfassend darüber informieren dürfen“, unterstrichen die Abgeordneten.

Die r2g-Arbeitspolitik

Ina Leukefeld: „Unser Kampf hat sich für viele Menschen gelohnt“

Zur Veranstaltung „Rot-rot-grüne Arbeitsmarktpolitik für Thüringen. Bilanz und Ausblick“ hatten die Arbeitsmarktpolitikerinnen der Koalitionsfraktionen Ina Leukefeld (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Babett Pfefferlein (GRÜNE) VertreterInnen von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Integrationsprojekten sowie Gewerkschaften eingeladen.

Es wurde deutlich, dass die Koalition an einem Strang gezogen hat. „Wir haben für ein Ziel gekämpft, dafür gab es viel Dank und Anerkennung“, so Ina Leukefeld, die seit 2004 dem Thüringer Landtag angehört und jetzt nicht wieder kandidiert.

Sie verweist auf die Zahlen und Fakten: In Thüringen gab es im Juni 2014 noch 87.300 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,5 Prozent. Im Juni 2019 waren es nur noch etwa 56.750 Arbeitslose. Das ist innerhalb von fünf Jahren ein Rückgang um 35 Prozent. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent liegt Thüringen inzwischen bundesweit auf dem 7. Platz und nicht mehr wie 2014 auf Platz 11.

„Unser Kernprojekt war die Öffentlich geförderte Beschäftigung (ÖGB) für Langzeitarbeitslose, um ihnen eine echte Chance auf Teilhabe zu ermöglichen und gleichzeitig Leistungen in der Gemeinwohlarbeit zu erbringen“, verdeutlicht Ina Leukefeld. „Fakt ist, seit Inkraftsetzung der Richtlinie im Oktober 2015 sind mit Stand 31. August 2019 insgesamt 1.388 Beschäftigungsplätze aus der ÖGB-Richtlinie gefördert worden. Dabei konnten 1.589 Personen, davon 616 Frauen, durch die Ausübung der geförderten Tätigkeit eine bessere gesellschaftliche Teilhabe erfahren.“

Dafür nahm die Landesregierung viel Geld in die Hand. Es wurden, einschließlich der Vorbindungen bis 2022, bislang 31 Millionen Euro eingesetzt. Das Programm „Arbeit für Thüringen“ wendet sich an benachteiligte Zielgruppen, wie Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende und Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen und bietet Lohnkostenzuschüsse auch zur Beratung und Qualifizierung. Mit dem Programm wurden mehrere Tausend Menschen in den letzten fünf Jahren unterstützt.

Ina Leukefeld erinnert an den Kampf der Linken (noch als PDS) um einen Mindestlohn. „Er hat sich für viele Menschen, die mit den Niedriglöhnen ihre Existenz kaum sichern konnten, gelohnt. Fatal war das Agieren der CDU-geführten Landesregierungen mit ihrer Niedriglohnpolitik. Viele gingen in andere Bundesländer, heute fehlen uns die Fachkräfte.“

Abschließend fasst die engagierte LINKE Arbeitspolitikerin zusammen: „Nicht nur die Mindestlohn-Beschäftigten konnten in den letzten fünf Jahren eine Lohnsteigerung erfahren, die Einkommen der Thüringerinnen und Thüringer sind zwischen 2014 und 2018 stärker gestiegen als die der Beschäftigten in Westdeutschland, nämlich um 14 Prozent (in Westdeutschland um zehn Prozent).“

Die Strukturen wirken fort

Katharina König-Preuss zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses

Bevor der Landtag in der Sitzung am 1. Oktober über den Abschlussbericht des zweiten Thüringer Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ beraten hatte, war der etwa 2.200 Seiten umfassende Bericht an die Landtagspräsidentin übergeben worden. Im Foto während der Pressekonferenz die Obfrauen der Koalitionsfraktionen (v.l.) Birgit Pelke (SPD), Madeleine Henfling (GRÜNE), Katharina König-Preuss (LINKE) und die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Dorothea Marx (SPD).

Katharina König-Preuss erklärte: „Ungeachtet der offenen Fragen und Lücken in der Aufklärung konnte der Untersuchungsausschuss herausarbeiten, dass, wenn alle den Sicherheitsbehörden (nicht nur in Thüringen) bereits 1998 und 1999 vorliegenden Informationen zum untergetauchten Kerntrio richtig ausgewertet, analysiert und bei der Zielfahndung zusammengefasst worden wären, die rassistische Mordserie durch Auffinden von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe hätte verhindert werden können.“

So fehlte vor allem der analytische Blick auf die Neonaziszene und deren Ideologie, was dazu geführt habe, dass die Gefährlichkeit und die Radikalisierung der rechten Szene nicht wahrgenommen und insbesondere auch deren Vernetzung weitgehend übersehen wurde. Dies erklärt auch, dass Justiz- und Sicherheitsbehörden teils bis heute an der These des allein agierenden Trios festhalten. „Dem entgegen stehen die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, die ergeben haben, dass das Unterstützernetzwerk des NSU mindestens mehrere Dutzend Personen umfasste bzw. noch umfasst, die wissentlich oder unwissentlich zum Gelingen des NSU beigetragen haben“, so die Abgeordnete.

Fest stehe in Bezug auf das direkte Unterstützerumfeld, dass diese Fehleinschätzung der Sicherheitsbehörden dazu geführt habe, Straftaten der Akteure des Netzwerkes nicht zu ahnden und die Unterstützer für ihre Handlungen nicht zu belangen. Als wichtigste ideologische und tatsächliche Unterstützungsstruktur sei dabei „Blood & Honour“ anzusehen. „Die Verbindungen einer Vielzahl von aktiven Unterstützern in Thüringen, aber auch in Sachsen und anderen Bundesländern, sind augenfällig und fanden in den Feststellungen des Ausschusses ihre Bestätigung“, sagte die Abgeordnete.

Das Verbot von „Blood & Honour“ in der Bundesrepublik habe allerdings nicht dazu geführt, dessen Aktivitäten zu unterbinden. Auch die Strukturen wirkten in Form anderer Netzwerke weiter fort. Beispielhaft verwies sie auf die auch in Thüringen aktiven Mitglieder des militanten Arms „Combat 18“. Insofern dürfe mit der Vorlage des Abschlussberichts nicht von einem Ende der Aufklärung gesprochen werden. „Parlament und Sicherheitsbehörden, aber auch die Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Journalisten, sind dazu aufgerufen, engagiert weiter aufzuhellen, welche Personen und Strukturen an den Taten des NSU beteiligt gewesen sind und diese Netzwerke und die zugrundeliegende Ideologie zu bekämpfen“, unterstrich Katharina König-Preuss, die ihre Forderung erneuerte, die Akten der Untersuchungsausschüsse zu bewahren und öffentlich zugänglich zu machen.

„In Thüringen und am besten auch bundesweit bedarf es eines NSU-Archivs zur Unterstützung der weiterhin dringend erforderlichen Aufklärung und zur Gewährleistung der kontinuierlichen Aufarbeitung des NSU als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/1-Hauptmenue/1-Landtag/3-Ausschuesse_und_Gremien/3-Untersuchungsausschuesse/1-Untersuchungsausschuss_6-1/Dokumente/mogliches-fehlverhalten-der-thuringer-sicherheits-und-justizbehorden-einschliesslich-der-zustandigen-ministerien-unter-einschluss-der-politischen.pdf

Auf Dauer angelegte Ermittlungsstrukturen

In den gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses heißt es u.a.: „Die demokratische und parlamentarische Kontrolle der handelnden Behörden, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von menschlichen Quellen bei der Polizei in der Strafverfolgung müssen verbessert werden. Kontrollfreie Räume sind einem demokratischen Rechtsstaat fremd.“

Der Einsatz von menschlichen Quellen müsse, so der Ausschuss weiter, „wegen des Eingriffs in Grundrechte durch eine parlamentarische Instanz kontrolliert werden, dies muss auch für Quellen der Polizei gelten. Dazu muss der Einsatz dieser Mittel auf eine verfassungsrechtlich gebotene stabile Grundlage gestellt werden“.

„Der Untersuchungsausschuss drängt darauf, dass es in der Polizei auf Dauer angelegte Ermittlungsstrukturen gibt, die insbesondere im Phänomenbereich ‚Rechtsextremismus‘ durch spezialisierte Kenntnisse die Aufklärung von Straftaten und Strukturen ermöglichen. Dort eingesetztes Personal sollte keinen unnötigen Rotationen unterliegen und regelmäßige fachgerechte Fortbildungen erhalten. Unabhängig von halbjährlichen Stichtagsauswertungen auf Bundesebene soll die Thüringer Polizei in vierteljährlichen Abständen nicht vollstreckte Haftbefehle erheben und auswerten, um Defizite bei der Fahndung wie im Fall des untergetauchten Trios möglichst frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können.“

Außerdem befürwortet der Ausschuss „weiterhin größtmögliche Transparenz seiner Arbeitsweise und seines Arbeitsergebnisses. Die Landesregierung soll dafür Sorge tragen, dass alle Unterlagen der Untersuchungsausschüsse 5/1 und 6/1 dem Staatsarchiv zugeführt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Im Rahmen der Kultusministerkonferenz soll darauf hingewirkt werden, dass dem Beispiel Thüringens folgend bundesweit entsprechende Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden“.

Abschließend heißt es in den gemeinsamen Empfehlungen: „Eine lebendige und demokratische Zivilgesellschaft ist das wichtigste Element unserer Demokratie, um gegen Hass und Rechtsextremismus vorzugehen. Deswegen unterstützt der Untersuchungsausschuss die Fortsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, welches auf seine Wirksamkeit untersucht und ggf. ausgebaut werden soll. Wir setzen uns dafür ein, dass die dauerhafte Finanzierung solcher Förderprogramme und Projekte auch bundesseitig sichergestellt wird. Die im NSU-Komplex erlangten Erkenntnisse sollen zudem als ein Thema der Landeszentrale für politische Bildung Eingang in Publikationen und Veranstaltungen finden. Der Untersuchungsausschuss erwartet von der Landesregierung, die fachliche Unterstützung von Kommunen im Kampf gegen Rechtsextremismus auszubauen.“

Nebenbei notiert

Scherben aufkehren

KOMMENTAR VON
MDL STEFFEN DITTES

Jüngste Äußerungen der CDU, wonach unter Rot-Rot-Grün in Thüringen 187 Streifenwagenbesatzungen fehlen und die „Beförderungsquote im Polizeivollzug auf demotivierende fünf Prozent gesenkt“ (wörtlich sogar im Wahlprogramm der Thüringer CDU enthalten) worden sei, sind schlicht und ergreifend falsch. Während wir die Scherben des CDU-Personalabbaus im Bereich der öffentlichen Sicherheit seit Jahren aufkehren und für mehr Anwärter, neue Stellen und Verbesserungen in der Beförderungspraxis sorgen, stimmte die CDU im Landtag stets dagegen.

Wir haben derzeit mehr als 6.686 Bedienstete bei der Thüringer Polizei, im Vollzugsdienst und in der Verwaltung, die einen wichtigen Beitrag für die öffentliche Sicherheit in Thüringen leisten. Die CDU hat leider die Zahl der auszubildenden Polizisten immer weiter reduziert, so dass an ihrem Regierungsende im Jahr 2014 nur noch 120 pro Jahr übrig blieben.

Die Ausbildung der Polizei dauert zwei bis drei Jahre, danach gehen die Beamten zunächst noch etwa zwei Jahre zur Bereitschaftspolizei, so dass sie erst später auf die Dienststellen verteilt werden können. Wir erleben also auch 2018/2019 noch die Folgen dieser CDU-Sparpolitik, welche die Altersabgänge nicht kompensierte. Dagegen haben wir Maßnahmen ergriffen, in dieser eriode 1.050 Menschen in die Polizeiausbildung geschickt und im Landtag beschlossen, bis 2025 noch 1.460 weitere auszubilden. Wegen der zeitversetzten Wirkung werden 2019 nun wieder mehr Polizisten in den Einsatz gestellt.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Unsere Stärken ausbauen

Knut Korschewsky: Tourismusboom in Thüringen kein Zufall

Zur guten Entwicklung des Thüringer Tourismus erklärte Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die Steigerung der Gästeankünfte im Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat um 9,5 Prozent auf über 1,1 Millionen ist ein außerordentlich guter Trend. Solche Zahlen setzen Bestmarken, und dies bereits in der ersten Legislatur, die Rot-Rot-Grün in Thüringen verantwortet.“

Auch die Zahlen der ausländischen Gäste sind weiter gestiegen und tragen zur Wertschöpfung im wichtigen Wirtschaftssektor Tourismus bei. „Wir müssen hier noch klarer motivieren, damit die Gäste länger bleiben. Dazu gehört auch die weitere Stärkung und Vernetzung der Tourismusregionen, um Empfehlungen schon vor Reiseantritt zu kommunizieren und auf weitere Regionen Thüringens neugierig zu machen. Wir haben weitaus mehr zu bieten als in den durchschnittlich 2,3 Tagen Verweildauer zu erleben ist. Bei inländischen Gästen scheint sich dies erfreulicherweise bereits herumzusprechen“, so Knut Korschewsky weiter.

Die positive Entwicklung betreffe insbesondere das Reisegebiet „Thüringer Wald“ und die Städte Eisenach, Erfurt, Jena und Weimar in Kombination mit den Effekten des Bauhaus-Jubiläums. „Dass der Thüringer Wald nun auch als Sommer- bzw. Ganzjahresziel entdeckt wird, ist das Ergebnis harter Arbeit vieler beteiligter Akteure, die sich von den Negativschlagzeilen um Oberhof nicht beeindrucken lassen, einfach weiter anpacken und tolle neuen Ideen einbringen, wie es auch am Konzept zum Thüringer Wald sichtbar wird. Die Zahlen geben uns Recht, dass wir effektive Arbeit leisten. Aber auch weiterhin müssen wir uns um die Gäste bemühen und unsere Stärken im Thüringer Tourismus ausbauen und Schwächen angehen“, sagte der Landtagsabgeordnete.

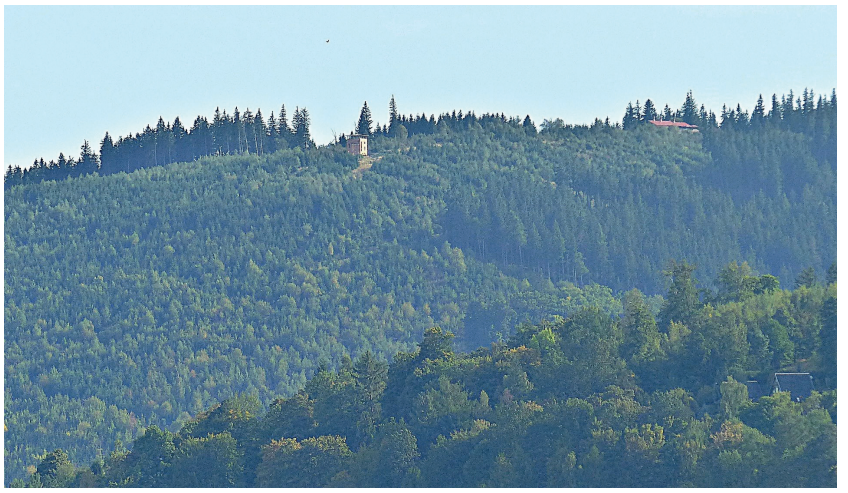

Foto (von Ingeborg Giewald): Blick von Ilmenau-Oberprörlitz auf den gegenüberliegenden Lindenberg mit neuem Aussichtsturm, rechts die Ausflugsgaststätte Bobhütte. Unterhalb des Turms sieht man, wie gut der nach dem Sturm Kyrill neu gepflanzte Wald gedeiht.

In der Flüchtlingsarbeit Engagierte

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Das ‚Hau-ab-Gesetz‘ des Bundes und Co.: Folgen für die Beratungspraxis und Handlungsspielräume der Verwaltung“ mit in der Flüchtlingsarbeit Engagierten lädt die Fraktion DIE LINKE am Donnerstag, den 17. Oktober, in der Zeit von 17.00 bis 20.00 Uhr nach Erfurt in den Landtag, Käte-Duncker Saal, Raum F201, ein.

„Am 21. August trat das umstrittene „Hau-ab-Gesetz“ („Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“) der Bundesregierung in Kraft, das ebenso wie das Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes und das Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zahlreiche Änderungen, vor allem Verschlechterungen, für gestattete, geduldete und anerkannte Geflüchtete regelt. Wir laden ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte in der Flüchtlingsarbeit – Interessierte und Aktive im Bereich der Flüchtlingshilfe und ihr nahestehenden Initiativen, der Beratungs- und Anlaufstellen – ein, mit uns gemeinsam über die Folgen für die Beratungspraxis und mögliche Handlungsspielräume der Verwaltung zu sprechen“, so Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler